

Im Brennpunkt

Wirtschaft unterstützt Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats diskutiert über einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative im Aktienrecht. Ein entsprechender Vorschlag wurde von Nationalrat Karl Vogler (CSP/OW) vorgelegt und wird nun im April weiterbehandelt. Gemäss einem Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 7. März 2018 spricht sich der Westschweizer Wirtschaftsverband «Groupement des Entreprises Multinationales» (GEM) für den Vorschlag aus. Der Verband vereint über 90 transnational tätige Konzerne, darunter beispielsweise UBS, Firmenich, Procter & Gamble oder Caterpillar mit rund 35'000 Angestellten im Genfersee-Gebiet (Arc lémanique).

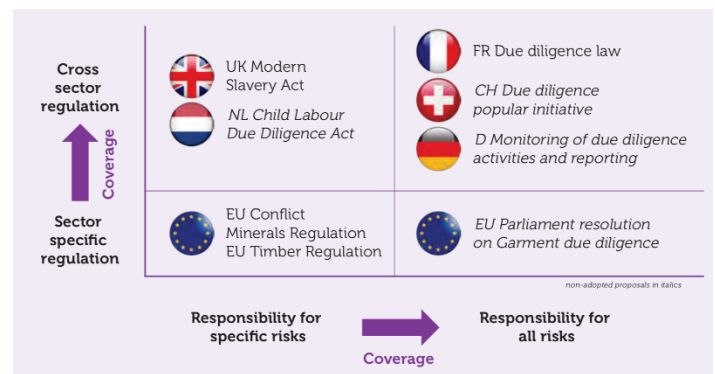
Damit reiht sich die Schweizer Wirtschaft in einen internationalen Trend ein. Bereits die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wurden bei Verabschiedung von den internationalen Wirtschaftsverbänden unterstützt. Nun wird auch die konkrete Umsetzung in verschiedenen Ländern mehr und mehr auch von Seiten der Wirtschaft getragen. So präsentierte beispielsweise der französische Verband «Entreprises pour les droits de l'homme» (edh), dem Konzerne wie Michelin, BNP Paribas oder Veolia angehören, das französische Sorgfaltsprüfungsgesetz am letzten Uno-Forum zu Wirtschaft und Menschenrechten als wichtige Chance für die Wirtschaft.

Die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung im eigenen Lieferkettenmanagement war Ende Februar zudem das Thema eines gut besuchten Workshops, die der Verband für nachhaltiges Wirtschaften öbu organisierte. Unternehmensvertreterinnen und -vertreter informierten sich über Beispiele aus der Praxis und tauschten Erfahrungen aus. (Zusammenfassung: <http://bit.ly/2FvmDcu>)

Schauplatz International

Niederländische Studie

Eine Studie im Auftrag der niederländischen Regierung untersuchte die Politik bezüglich Konzernverantwortung in den Staaten Grossbritannien, Niederlande, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Die Studie kommt u.a. zum Schluss, dass eine menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung in allen untersuchten Ländern ein wichtiges Thema ist und Regulierungen in diesem Bereich bereits verabschiedet oder geprüft werden.



<http://bit.ly/2oZqbt0>

Kanada: Neue Ombudsstelle für Wirtschaft & Menschenrechte

Am 17. Januar stellte die kanadische Regierung ihre Pläne für eine neu geschaffene Ombudsstelle vor. Sie reagiert damit auf die jahrelange Kritik, dass Menschenrechtsprobleme bei Auslandsgeschäften (z.B. bei Rohstoffunternehmen) nicht richtig angegangen werden. Im Gegensatz zum bisherigen «CSR Counsellor» sowie dem kanadischen OECD-Kontaktpunkt wird die neue Ombudsperson eigene Untersuchungen durchführen, festgestellte Mängel öffentlich kommunizieren und mehr Unabhängigkeit von der Regierung genießen. Zudem kündigt die Regierung an, den Zugang zu Firmendokumenten und Zeugen sicherzustellen und genügend Ressourcen für komplexe Untersuchungen

bereitzustellen. Die kanadische Regierung geht damit jene Mängel an, welche auch in Bezug auf den Schweizer OECD-Kontaktpunkt, der ins SECO eingegliedert ist, seit Jahren kritisiert werden. Die Ombudsperson soll ihre Aufgaben im Verlauf der nächsten Monate aufnehmen. <http://bit.ly/2EPc3Jf>

Schauplatz Schweiz

Breiter Konsens in der Palmöl-Frage

Ende Februar hat der Nationalrat entschieden, Palmöl aus dem aktuell mit Malaysia verhandelten Freihandelsabkommen auszuklammern. Der Erfolg kam dank einer breiten Koalition aus Bauern-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen zustande.

Die Palmöl-Produktion ist eine der Hauptursachen für die Abholzung des Regenwalds in Malaysia, wie Motionär Jean-Pierre Grin (SVP/VD) ausführte. Palmöl macht auch immer wieder Schlagzeilen im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen, selbst bei RSPO-zertifizierten Plantagen. Das zeigt auch die jüngste Klage zweier indonesischer Gemeinden bei der Schweizer OECD-Beschwerdestelle.

Kirchliche Unterstützung für Konzernverantwortungsinitiative

Mit «Kirche für Kovi» entstand im Februar dieses Jahres eine ökumenische Plattform auf www.kirchefuerkovi.ch um die kirchliche Unterstützung für die Konzernverantwortungsinitiative sichtbar zu machen. Bereits über 100 Persönlichkeiten, darunter viele Pfarrerrinnen und Pfarrer, Kirchgemeinden und zahlreiche christliche Organisationen wie die Heilsarmee, HEKS oder die Missionsgesellschaft Bethlehem unterstützen das christliche Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative.

Fallbeispiele

Studie von Human Rights Watch: «The Hidden Cost of Jewelry»

Ein neuer Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) deckt Missstände in der Schmuck- und Uhrenindustrie auf. In vielen Regionen

der Welt sind sowohl der Gold- als auch der Diamantenabbau mit Kinderarbeit, Vertreibung indigener Gemeinschaften, Umweltverschmutzung oder Kriegsfinanzierung verbunden. Besonders in diesem menschenrechtlichen Hochrisikobereich ist es unbedingt notwendig, dass Unternehmen sorgfältig wirtschaften. Das ist leider noch immer keine Selbstverständlichkeit: Human Rights Watch untersuchte 13 der bekanntesten Weltmarken und stellte fest, dass nur einer der Konzerne die Rückverfolgbarkeit des Goldes sicherstellen kann und auch entsprechende Abklärungen bezüglich Einhaltung der Menschenrechte macht.

Zur Studie: <http://bit.ly/2nWCC8z>

Kobaltminen von Glencore: Alarmierende Zustände

IndustriAll Global Union vertritt 50 Millionen Arbeitnehmende in 140 Ländern. In einer fact-finding mission in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) hat der in Genf beheimatete Gewerkschaftsdachverband gemäss eigenen Aussagen alarmierende Zustände vorgefunden. Die Organisation hat mit achtzig Minenarbeitern von Glencore gesprochen und kommt zum Schluss, dass in der Kolwezi-Kobaltmine von sklaviereähnlichen Zuständen gesprochen werden müsse. Die Minenarbeiter berichteten von fehlender Arbeitssicherheit, Berufskrankheiten und ausbeuterischen Löhnen. In einer Medienmitteilung von Februar 2018 kündigt der Dachverband an, Glencore und Kobalt-Abnehmer mit einem detaillierten Bericht zu konfrontieren.

Weitere Infos

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- www.konzern-initiative.ch
- Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte: www.skmr.ch
- Business & Human Rights Resource Centre, London: www.business-humanrights.org